



Vorlage Nr. 24-O-03-0001

Tagesordnungspunkt 4

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes
Wiesbaden Rheingauviertel/Hollerborn am 18. Januar 2024

Nutzungsänderung des Europaplatzes (Grüne/SPD)

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD:

Der Magistrat wird gebeten,

- durch eine Änderung des Bebauungsplans im vereinfachten Verfahren (§13a BauGB) eine Nutzungsänderung für den Europaplatz und der angrenzenden Verwaltungsgebäude zu ermöglichen,
- zusätzlich zur Nutzung für Verwaltungsflächen auch eine Nutzung für Wohnflächen zu ermöglichen,
- zu prüfen, ob als Ausgleich für die Stellplätze der SEG die Fläche an der Charles de Gaulle Straße herangezogen werden kann, die im Bebauungsplan als Grünfläche ausgewiesen ist, aber von Mietern der SEG derzeit als Parkplatz genutzt wird,
- zu prüfen, ob eine Neugestaltung des Europaplatzes als Aufenthaltsfläche für die Bewohnerinnen und Bewohner auch ohne eine Refinanzierung durch die Einrichtung einer Sommergastronomie ermöglicht werden kann.

Begründung:

Der Platz an der Alcide-de-Gasperi-Str. ("Europaplatz") wird als Parkplatz für Beschäftigte und Besucherinnen und Besucher der anliegenden Ämter sowie als Pendlerparkplatz genutzt. Der größere Teil des Grundstücks gehört der SEG.

Der Ortsbeirat möchte den Platz zur Verbesserung des Wohnumfeldes aufwerten. Er hat zuletzt in seiner Sitzung am 19.01.2023 den Magistrat gebeten, die SEG aufzufordern, den Europaplatz neu zu ordnen und ihn dabei teilweise zu entsiegeln, um Grünflächen und die Anpflanzung von Bäumen zu ermöglichen.

Der Geschäftsführer der SEG hat in der Ortsbeiratssitzung am 23.11.2023 verschiedene Planungsvarianten für eine Neugestaltung des Europaplatzes vorgestellt, die eine reduzierte Anzahl von Stellplätzen, eine Begrünung und Beschattung mit Bäumen sowie eine Sommergastronomie vorsehen.

Nach dem derzeitigen aus dem Jahr 1978 stammenden Bebauungsplan haben die umliegenden Einrichtungen auf dem Platz insgesamt 127 Stellplätze nachzuweisen. Tatsächlich werden Stellplätze in diesem Umfang aber nicht mehr benötigt, da inzwischen einige Verwaltungseinheiten ausgezogen sind bzw. ausziehen werden und die sehr gute Anbindung an den ÖPNV dazu führt, dass die Stellplätze nicht dem eigentlichen Zweck zugeführt werden, sondern von Pendlern als kostenlose Abstellfläche genutzt werden.

Beschluss Nr. 0006

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD
antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dezernat V i. V. m.

Dezernat I z. w. V.

Rhiemeier
Ortsvorsteherin